

Landesverwaltungsamt  
-Landesjugendamt-  
Geschäftsstelle des LJHA

Halle, den 22.02.2023  
Tel. 0345/514-1627  
501.1.1 Heike Koch

## **N i e d e r s c h r i f t** LJHA Nr. 2/2023 (8)

zur 7. Sitzung in der 8. Amtsperiode des Landesjugendhilfeausschusses  
mit den Schwerpunktthemen: Nachbesetzungen der Unterausschüsse, Anerkennung Träger  
der freien Jugendhilfe auf Landesebene, SGB VIII zur Änderung des KJHG-LSA-Reform:  
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des KJHG-LSA

am: Montag, den 20.02.2023  
Beginn/Ende: 09.30 Uhr bis 15.03 Uhr  
als: Videokonferenz

### *- Öffentlicher Teil -*

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung mit Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 31.01.2023
- TOP 3 Beschlusskontrolle
- Wiederkehrende Beschlüsse
  - Unerledigte Beschlüsse (Vorlage 01/2023)
  - Beschlusskontrolle und Abstimmung
- TOP 4 Berichte zu Fragen der Kinder- und Jugendhilfe  
*Berichte über Aktivitäten und aktuelle Entwicklungen*  
*Hinweis: Unmittelbar an jeden Bericht können Rückfragen gestellt werden.*
- TOP 4a Bericht des Vorsitzes des LJHA
- TOP 4b Bericht aus der Verwaltung des Landesjugendamtes (LJA-V)
- TOP 4c Bericht aus dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS)
- TOP 4d Bericht aus dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landtages
- TOP 4e Bericht aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung (UA JHPL)
- TOP 4f Bericht aus dem Unterausschuss Finanzen (UA Fin)

- TOP 4g Bericht aus dem Unterausschuss SGB VIII (UA SGB VIII)
- TOP 4h Berichte aus den AGs des LJHA  
 - AG Folgen der Corona-Pandemie  
 - AG Kindertagesbetreuung  
 - AG 8. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung
- TOP 4i Berichte aus den Landesarbeitsgemeinschaften (bei Bedarf)  
 - LAG Mädchen\* und junge Frauen\*
- TOP 5 Nachbesetzungen für die Unterausschüsse  
 - UA JHPL (2 Personen, davon 1 KJR)  
 - UA Fin (1 Person)  
 - UA SGB VIII (3 Personen)
- TOP 6 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe auf Landesebene nach § 75 SGB VIII  
 - Junge Europäische Förderalisten e.V. „JEF“ (Vorlage 02/2023)
- TOP 7 SGB-VIII-Reform: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des KJHG-LSA  
 - Stellungnahme des LJHA (Antrag 01/2023)
- TOP 8 Absprachen für nächste Sitzungen -  
 Themen/Verantwortlichkeiten/Referent\*innen  
 - 17.04.2023 (Halle/Saale): Digitalisierung  
 - 19.06.2023 (Magdeburg): Demokratieförderung und Demokratiegefährdung in der Kinder- und Jugendhilfe | Kinder- und Jugendpartizipation
- TOP 9 Verschiedenes

von den 20 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend:

01. Olaf Schütte bis 14.50 Uhr	02. Christian Scharf
03. Tom Bruchholz	04. Nancy Wellenreich
05. Michael Schmelzer bis 12.30 Uhr	06. Christoph Tekaath bis 14.51 Uhr
07. Igor Pissetski	08. Christian Deckert
09. Mamad Mohamad	10. Peter Marx
11. Anja Wiedemann	12. Inga Wichmann

von den 20 stellvertretend stimmberechtigten Mitgliedern anwesend:

01. Klaus Roes	02. Carolin Rutsche
03. Rebecca Kutz bis 14.44 Uhr	04. Enrico Ruby ab 10.25 Uhr
05. Mika Taube bis 13.57 Uhr	06. Irena Schunke
07. Robin Radom	

von den 13 beratenden Mitgliedern anwesend:

01. Dirk Schmutzler 12.15-13.53 Uhr	02. Andre Köhler
03. Marcus Politt	04. Tim Tessmann bis 11.51 Uhr
05. Katrin Gensecke bis 14.20 Uhr	06. Nicole Anger ab 10.09 Uhr
07. Susan Sziborra-Seidlitz bis 13.59 Uhr	08. Konstantin Pott ab 12.00 Uhr

von den 13 stellvertretend beratenden Mitgliedern anwesend:

01. Jens Gelhaar	
------------------	--

anwesende Mitarbeiter\*innen der Verwaltung:

01. Claudia Großberndt	02. Philipp Dressel
03. Holger Paech ab 10.25 Uhr	04. Ragner Wenzel
03. Dr. Ursula Cremer	04. Dirk Günther
05. Ralf John	06. Heike Koch

Neben den namentlich aufgeführten Personen haben Gäste an der Sitzung teilgenommen.

**Zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung:**

TOP 1	Eröffnung der Sitzung mit Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung	
-------	--	--

Inga Wichmann, stellvertretender Vorsitz, eröffnet die Sitzung. 14 stimmberechtigte Mitglieder sind anwesend. Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben. Sie entschuldigt Pascal Begrich, der heute krankheitsbedingt nicht an der Sitzung teilnehmen kann. Die Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 2	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 31.01.2023	
-------	---	--

Die Niederschrift wird genehmigt.

TOP 3	Beschlusskontrolle -Wiederkehrende Beschlüsse -Unerledigte Beschlüsse (Vorlage 01/2023) -Beschlusskontrolle und Abstimmung	
-------	---	--

Zur Liste der wiederkehrenden und erledigten Beschlüsse gibt es keine Anmerkungen seitens der Ausschussmitglieder.

Inga Wichmann ruft die einzelnen Beschlüsse, aus der Liste der unerledigten Beschlüsse, hinsichtlich des Erledigungsstandes auf:

- 2022 - (08) - 10 – offen
- 2022 - (08) - 11 – offen
- 2022 - (08) - 15 – offen
- 2022 - (08) - 20 – offen
- 2022 - (08) - 21 – erledigt, da in die aktuelle Beratung zum Arbeitsentwurf (23.01.2023) eingeflossen.
- 2022 - (08) - 23 – offen
- 2022 - (08) - 26 – erledigt, da in die aktuelle Beratung zum Arbeitsentwurf (23.01.2023) eingeflossen.
- 2022 - (08) - 28 – offen
- 2022 - (08) - 29 – offen
- 2022 - (08) - 30 – erledigt
- 2023 - (08) - 01 – offen

Die Mitglieder des LJHA stimmen dem zu und nehmen die so abgeänderte Liste entsprechend zur Kenntnis.

TOP 4	Berichte zu Fragen der Kinder- und Jugendhilfe <i>Berichte über Aktivitäten und aktuelle Entwicklungen</i> <i>Hinweis: Unmittelbar an jeden Bericht können Rückfragen gestellt werden</i>	
TOP 4a	Bericht des stellv. Vorsitzes des LJHA	

Inga Wichmann weist darauf hin, dass das Thema Kindergrundsicherung in Anlehnung an die inhaltliche Beschäftigung in der Sondersitzung des LJHA zum Thema Kinder- und Jugendarmut, intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert worden ist. Grundlage der Diskussion ist das vom BMFSFJ vorgelegte Eckpunktepapier zur Kindergrundsicherung. Ziel des Bundes ist die Vorlage eines Gesetzentwurfes zur Kindergrundsicherung im Sommer, in Kraft treten soll die Kindergrundsicherung im Jahr 2025. Der LJHA wird sich dann damit beschäftigen.

Es wird darauf hingewiesen, dass das Jugendpolitische Programm (JPP) schon länger vorliegt und damit die Inhalte der Landesstrategie festschreibt. Letzte Woche ist das Jugendpolitische Portal online gegangen, dies bietet Informationen und Inhalte zum Jugendpolitischen Programm, es bietet zudem eine Beteiligungsmöglichkeit für junge Menschen mit Blick auf die Weiterentwicklung des Jugendpolitischen Programms. In der Sitzung im Juni diesen Jahres wird sich der LJHA damit beschäftigen.

Pascal Begrich und Inga Wichmann haben sich zudem intensiv mit dem Prozess der Änderung des KJHG-LSA und den damit zusammenhängenden Prozessen befasst.

Die Sitzungsvorbereitung und Abstimmung mit der Verwaltung des Landesjugendamtes (LJA) findet weiterhin regelmäßig statt. Vereinbart wurde ebenfalls ein Treffen mit Ragner Wenzel (Abteilungsleiter 5) für den Sommer.

TOP 4b	Bericht aus der Verwaltung des Landesjugendamtes (LJA-V)	
--------	--	--

Dr. Ursula Cremer berichtet:

•**aktueller Stand BAGLJÄ** – im November 2022 war die letzte Sitzung, Antje Specht konnte an der Sitzung nicht teilnehmen

Auf der Sitzung wurden die folgenden Arbeitspapiere zur SGB VIII-Reform beschlossen:

- Handlungsleitlinien zur Umsetzung, der durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz eingeführten Änderungen in den § 38, 45 ff SGB VIII im Arbeitsfeld der Betriebserlaubnis erteilenden Behörden
- Empfehlung zur Umsetzung des Verfahrenslotsen nach § 10b SGB VIII
- Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Strukturen, Verfahren und pädagogischen Prozessen in der Pflegekinderhilfe

Die Empfehlungen sind abrufbar unter: <http://www.baqliae.de/content/empfehlungen/>

Jens Gelhaar berichtet über:

• **Mittel für Jugendfreizeiten, die 2022 nicht komplett verausgabt wurden**, im letzten Jahr standen 100.000€ zur Verfügung, diese wurden bewilligt, es gab einen zeitnahen Rücktritt von einer Förderung von 15.000€, diese wurde nachbewilligt, danach sind 3 Träger zurückgetreten, die Mittel konnten nicht mehr bewilligt werden. In diesem Jahr gab es zudem eine Rückzahlung nicht verbrauchter Mittel, durch das DRK, dadurch sind ca. 23.000€ an Mitteln für die Kinder- und Jugendfreizeit nicht verbraucht worden. Es handelt sich um Corona-Sondervermögen (Bundesmittel). Diese stehen in diesem Jahr zur Verfügung.

• **Stand der Bescheidung:**

VZM und Abschläge für Fortsetzungsprojekte in allen Bereichen, Bescheide in den Fällen, in denen Verpflichtungsermächtigungen in Anspruch genommen werden können und diese in der Höhe ausreichend sind.

Jens Gelhaar verweist darauf, dass der § 31 KJHG-LSA durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17.01.2023, GVBl. LSA, S.2 geändert wurde, es betrifft die Zuweisungen an die Landkreise.

Dr. Ursula Cremer ergänzt für den Bereich Familienförderung und Hilfen zur Erziehung. Von 36 vorliegenden Anträgen sind 28 bis jetzt beschieden. Insgesamt beträgt die Antragssumme 1.735.000€, Bescheide sind für über 1,3 Mill.€ erteilt.

Zur Personalsituation, insbesondere Engpässe im Bereich Jugend im Landesjugendamt berichtet Ragner Wenzel. Fragen der Mitglieder wurden beantwortet.

TOP 4c	Bericht aus dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS)	
--------	--	--

Claudia Großberndt berichtet über:

• **Zeitplan für die Änderungen des Ausführungsgesetzes KJHG-LSA**

Eine Mitzeichnung der Häuser konnte nicht fristgerecht erhalten werden, am 08.02.2023 hat die Ministerin einen Versuch einer Einigung unternommen, es kann nicht mitgeteilt werden, wann dies erfolgt.

Sofern es in dieser Woche zu einer Abstimmung mit dem MI kommen sollte, wäre eine Befassung durch das Kabinett am 07.03.2023 möglich.

- **Beschluss 2022-(8)-28 (Sonderprogramm zum Erhalt der Kinder- und Jugendhilfe)**

Dieser Beschluss wurde am 28.11.2022 im LJHA gefasst, das war zu einem Zeitpunkt, wo die Haushaltsanmeldungen für das Jahr 2023 seitens des MS schon erledigt waren. Dadurch sind die Handlungsmöglichkeiten sehr eingeschränkt. Es wurde sich bemüht, die aus den Preissteigerungen resultierenden Bedarfe näher zu konkretisieren, es gab Gespräche mit Vertreter\*innen der LIGA und des KJR, jedoch wurde die angedachte Konkretisierung bislang nicht erreicht. In den Haushaltsberatungen im Landtag wird auch über die Ausgestaltung des FAG verhandelt werden. In diesem Zusammenhang könnte die Frage,

inwieweit die örtlichen Jugendhilfeträger finanziell ausgestattet werden können, um die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe perspektivisch auch ungeachtet der Preissteigerungen vorhalten zu können, diskutiert werden.

Tom Bruchholz berichtet, dass im Bereich der außerschulischen Jugendbildung mit massiven Kostensteigerungen zu rechnen ist, die vom LJA bereitgestellten Mittel reichen nicht mehr aus.

Christian Deckert nennt das Beispiel Projektförderung.

Claudia Großberndt sagt dazu, der Beschluss des LJHA bezieht sich nicht nur auf die landesgeförderten Projekte, sondern auf eine flächendeckende, alle Ebenen betreffenden Förderung. Hinweis - Ausgestaltung des FAG

Für den laufenden Haushalt 2023 sind keine Spielräume, mit einem Sonderprogramm zu reagieren, vorhanden.

Jens Gelhaar, die Probleme beziehen sich auf Förderungen, die mit Festbeträgen laufen. Es ist eine Richtlinienänderung vorgesehen, die diese Festbeträge erhöht, die jedoch erst ab dem Herbst wirksam wird.

Inga Wichmann ergänzt, es gibt Gespräche zwischen KJR und MS in denen der KJR darum gebeten hat, zu prüfen, inwieweit zumindest die Förderung der Maßnahmen bereits ab dem 01.01.2023 an den in der neuen Richtlinie vorgesehenen Satz angepasst werden kann.

Martin Hoffmann fragt zum Thema Ganztagsbetreuung/Ganztagsförderung 2026, es wurde auf einen Gesetzentwurf des Bildungsministeriums verwiesen, viele Schulen werden dann als Ganztagsgrundschulen arbeiten. Claudia Großberndt hat keine Kenntnis von dem Gesetzentwurf, es wird eine schriftliche Nachberichterstattung vorgeschlagen.

Auf die Frage von Herrn Bruchholz zur Antragstellung Digitalisierungsmittel, ob es eine Zeitschiene gibt, wann der Träger bei der Investitionsbank Anträge stellen kann, antwortet Claudia Großberndt - aus dem Familienbereich sind schon Antragstellungen möglich, für den Bereich Hilfen zur Erziehung liegen noch keine Antragsformulare vor bzw. sind von der IB noch nicht erarbeitet.

TOP 4d	Bericht aus dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landtages	
--------	---	--

Der schriftliche Bericht von Ulrich Siegmund liegt vor.

Ergänzungen, Anfragen gibt es seitens der Ausschussmitglieder nicht.

TOP 4e	Bericht aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung (UA JHPL)	
--------	---	--

Klaus Roes berichtet wie folgt:

### **Evaluation FamBeFöG**

Nancy Wellenreich und Irena Schunke haben im letzten Sommer zum Evaluationsbericht einen Fragenkatalog entwickelt. Dieser war die Grundlage für das Gespräch mit Claudia Großberndt beim UA JHPL am 18.10.2022.

Leider lagen bei einigen Fragen die Aspekte nicht in Claudia Großberndt`s sachlicher Zuständigkeit, so dass sie hier nicht aussagefähig war. Zuständig wäre das Referat 41 von Siegfried Hutsch. Er wurde zur Sitzung am 17.01.2023 eingeladen, war aber leider verhindert.

Es wurde der Beschluss gefasst, ihn zur nächsten Sitzung am 09.03.2023 einzuladen, falls eine Anwesenheit nicht möglich ist, soll eine Antwort auf die noch offenen Fragen schriftlich bis zur Sitzung eingereicht werden.

### Landesweite Jugendhilfeplanung

2022 haben drei Treffen der BAG stattgefunden, das letzte Treffen im November 2022. In dieser Sitzung wurde die Ausschreibung fertiggestellt, es war eine Bereicherung, dass Johanna Bernhardt dabei war und aus Sicht der Vergabe durch diesen Prozess geführt hat, sie hat die Ausschreibung vorbereitet und auch die Änderungen eingepflegt.

Wie geplant wurde die Ausschreibung am 02.02.2023 veröffentlicht. Am 23.03.2023 wird sich eine Gruppe treffen, die die eingegangenen Bewerbungen sichtet und auswertet. Danach wird der Vorschlag an den Vergabeausschuss gemacht.

In der Auswahlgruppe sind auch die Jugendhilfeplaner\*innen der LK und kreisfreien Städte vertreten.

Geplant ist, dass das Institut, welches den Zuschlag erhält, am 01.06.2023 seine Arbeit aufnimmt.

Am 12.06.2023 findet die Eröffnungsveranstaltung für die landesweite Jugendhilfeplanung statt.

Am 13.04.2023 trifft sich die BAG und bereitet die Eröffnungsveranstaltung vor.

### Empfehlungen nach § 80 u. 79a SGB VIII

In der gemeinsamen Sitzung des UA JHPL und der Jugendhilfeplanenden der LK und kreisfreien Städte am 07.11.2022 berichtete Yvonne Hager aus dem Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport. Sie hat sehr anschaulich den Prozess der Entstehung der Arbeitshilfe Jugendhilfeplanung in Thüringen (im Frühjahr 2022 versandt) dargestellt.

Es steckt sehr viel Engagement in dieser Arbeitshilfe, sie hat auch deutlich gemacht, dass der Weg entscheidend für das Ergebnis und die Umsetzung ist. Es ist ein langwieriger Prozess und die Kommunen müssen von Anfang an beteiligt werden. Die Initiative für diese Arbeitshilfe ging vom Ministerium (Yvonne Hager) aus.

In Sachsen-Anhalt ist die Situation anders, die Initiative geht aktuell vom UA JHPL bzw. dem LJHA aus.

Wenn so ein Prozess zur Weiterentwicklung der Jugendhilfeplanung stattfinden soll, müsste eine Steuerungsgruppe eingesetzt werden, mit kommunalen Vertreter\*innen, Jugendhilfeplaner\*innen, der Verwaltung und Vertreter\*innen des LJHA.

Die Organisation, die inhaltliche Mitarbeit und administrative Begleitung müsste durch die Verwaltung das LJA erfolgen. Allerdings sind die personellen Ressourcen im LVWA eingeschränkt.

Auch die Jugendhilfeplaner\*innen sind in diesem Jahr in andere Prozesse, z.B. der Jugendhilfeplanung auf Landesebene eingebunden.

Deswegen wird vorgeschlagen, erst mit dem Prozess zu beginnen, wenn die personellen Rahmenbedingungen das zulassen und es eine entsprechende Unterstützung durch die Verwaltung (Bereich Geschäftsführung) gibt.

Das wird in diesem Jahr nicht mehr der Fall sein.

Der UA JHPL würde in der 2. Jahreshälfte einen Antrag einbringen, der den Rahmen dieses Prozesses beschreibt, der durchaus 2-3 Jahre dauern wird.

TOP 4f	Bericht aus dem Unterausschuss Finanzen (UA Fin)	
--------	--	--

Mika Taube berichtet aus der Sitzung des UA Fin am 16.01.2023

Darin wurde sich mit der inhaltlichen Planung der Sitzungen für 2023 auseinandergesetzt, in der kommenden Sitzung geht es um finanzielle Bedarfe KJHG-LSA.

TOP 4g	Bericht aus dem Unterausschuss SGB VIII (UA SGB VIII)	
--------	---	--

Nancy Wellenreich berichtet aus der letzten Sitzung am 24.01.2023.

Hier wurde intensiv getagt und die Synopse vorbereitet, welche in der Sondersitzung des LJHA am 31.01.2023 bearbeitet wurde.

TOP 4h	Berichte aus den AGs des LJHA - AG Folgen der Corona-Pandemie - AG Kindertagesbetreuung - AG 8. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung	
--------	--	--

Christoph Tekaath berichtet von der letzten Sitzung der AG Folgen der Corona-Pandemie. Die Folgen für Jugendliche sind teilweise sichtbar. Ein aktuelles Beispiel bzgl. politischen Handelns war das Förderprogramm der Luftfilteranlagen.

Rebecca Kutz berichtet von der AG Kindertagesbetreuung, die Sitzung im Januar konnte krankheitsbedingt nicht stattfinden. Das nächste Treffen wird am 23.03.2023 sein. Dann wird sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Bildung: elementar und weitere Entwicklungsbedarfe beschäftigt.

Olaf Schütte berichtet von der AG 8. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung. Am 08.02.2023 fand die letzte Sitzung statt, darin wurde ein Formulierungsvorschlag für den § 16 KJHG-LSA erarbeitet, welcher unter TOP 7 diskutiert werden kann.

TOP 4i	Berichte aus den Landesarbeitsgemeinschaften (bei Bedarf) - LAG Mädchen* und junge Frauen*	
--------	---	--

Irena Schunke berichtet zur 1. Sitzung der LAG Mädchen\* und junge Frauen\* Sachsen-Anhalt am 15. März 2023. Gemeinsam mit dem Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V. und der LAG der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Sachsen-Anhalt wird es an diesem Tag ein Fachgespräch mit Politiker\*innen zu aktuellen Tendenzen der Mädchen\*arbeit sowie der Frauen\*- und Gleichstellungspolitik geben.

TOP 5	Nachbesetzungen für die Unterausschüsse - UA JHPL (2 Personen, davon 1 KJR) - UA Fin (1 Person) - UA SGB VIII (3 Personen)	
-------	---	--

Inga Wichmann weist darauf hin, dass es in allen drei Unterausschüssen freie Plätze gibt und diese heute, um die Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten, wieder möglichst vollständig besetzt werden sollten.

Ralf John hat die Wahlen, wie sie in votesUp durchgeführt werden sollen, vorbereitet und leitet durch die Wahlen. Er erklärt das Wahlverfahren über votesUp.

Im UA JHPL sind zwei Plätze vakant. Laut § 17 Abs. 1 der GO des LJHA sollte davon mindestens ein Platz durch einen Vertreter des Kinder- und Jugendringes Sachsen-Anhalt besetzt werden. Für den **UA JHPL** stellen sich zur Wahl:

- Robin Radom (Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt)
- Peter Marx (Landesbehindertenbeauftragter)

Sie stellen sich kurz vor.

### **Beschluss Nr. 2023-(8)-02**

Robin Radom und Peter Marx werden in den UA JHPL gewählt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

Robin Radom und Peter Marx nehmen die Wahl an.

Für den einen im **UA Fin** vakanten Platz stellen sich keine Bewerber zur Verfügung.

Für die drei im **UA SGB VIII** vakanten Plätze stellen sich zur Wahl:

- Christian Deckert (Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt)
- Robin Radom (Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt)

Christian Deckert stellt sich vor.

### **Beschluss Nr. 2023-(8)-03**

Christian Deckert und Robin Radom werden in den UA SGB VIII gewählt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

Christian Deckert und Robin Radom nehmen die Wahl an

Inga Wichmann gratuliert allen neu gewählten Mitgliedern der Unterausschüsse und dankt ihnen für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit. Sie bedankt sich ferner bei Ralf John für die gute Durchführung der Wahlen.

TOP 6	Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe auf Landesebene nach § 75 SGB VIII - Junge Europäische Föderalisten Sachsen-Anhalt e. V. „JEF-LSA“ (Vorlage 02/2023)	
-------	--	--

Inga Wichmann begrüßt Niclas Hüttemann und Aleš Janoušek vom Verein JEF-LSA e. V..

Niclas Hüttemann ist der Landesvorsitzende vom Verein „Junge Europäische Föderalisten Sachsen-Anhalt e. V. (JEF-LSA), Aleš Janoušek der Schatzmeister, bis April sind beide die Direktansprechpartner.

Es ist ein sehr junger und kleiner Verein in Sachsen-Anhalt, der Verein ist Teil eines großen Netzwerkes. Die Jungen Europäischen Föderalisten gibt es in ganz Deutschland, in 15 Landesverbänden und auch in über 30 nationalen Verbänden europaweit.

Sie sind in Sachsen-Anhalt in drei Orten zu finden: Halle, Magdeburg und im Harz (Halberstadt, Wernigerode, Quedlinburg). Der Vereinssitz ist in Magdeburg.

Niclas Hüttemann stellt den Verein mittels Power-Point-Präsentation vor.

Fragen der Mitglieder des LJHA wurden beantwortet.

Dirk Günther berichtet zu den rechtlichen Aspekten mittels Power-Point-Präsentation. Der Antrag wird verlesen und durch Inga Wichmann zur Abstimmung gestellt.

### **Vorlage 02/2023**

### **Beschluss Nr. 2023-(8)-04**

Der Landesjugendhilfeausschuss stimmt der Entscheidung der Verwaltung zu, den Verein „Junge Europäische Föderalisten Sachsen-Anhalt e. V.“ als Träger der freien Jugendhilfe auf Landesebene anzuerkennen.

**Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung**

TOP 7	SGB-VIII-Reform: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des KJHG-LSA Stellungnahme des LJHA (Antrag 01/2023)	
-------	--	--

Inga Wichmann berichtet, dass keine Kabinettsvorlage vorliegt. Der LJHA berät daher auf der Grundlage des vorliegenden Arbeitsentwurfes weiter.

Im § 31 KJHG-LSA hat es eine Gesetzesänderung gegeben, die zum 01.01.2023 wirksam wird. Diese ist nun im § 31 KJHG-LSA in der ganz linken Spalte entsprechend aufgenommen.

Der Antrag 01/2023 liegt vor und wird zum Ende der Sitzung beraten.

Inga Wichmann benennt die einzelnen Paragraphen, in denen sich seit der letzten Befassung u.a. durch Zuarbeiten - Änderungen ergeben haben und bittet die Mitglieder, bei Nichteinverständnis bzw. Redebedarf, dies zu signalisieren. Im Anschluss ruft sie alle Paragrafen auf, zu denen noch nicht in der letzten Sitzung des LJHA beraten wurde.

Abgestimmt wurden die Vorbemerkungen zum Gesetzestext. Tom Bruchholz und Robin Radom haben Änderungen zur Schulsozialarbeit eingefügt, sie fordern, dass die Schulsozialarbeit einen eigenen Paragrafen im Gesetzesentwurf bekommt. Die Positionen von Christian Deckert und Susann Sziborra-Seidlitz kann Herr Hollmann nachvollziehen, der Standpunkt von Robin Radom und Tom Bruchholz wird jedoch unterstützt. Nach Diskussion zur Schulsozialarbeit sagt Christian Deckert, bei der Schulsozialarbeit sollte auf Landesebene geklärt werden, durch wen Schulsozialarbeit angeboten wird und wie diese finanziert wird.

Claudia Großberndt sagt zu § 16 sollte eine Abstimmung mit dem MS erfolgen und fragt nach „Kerndaten“. Olaf Schütte, erläutert dazu, dass es eine ganze Reihe von Daten gibt, z.B. Daten zu Armut oder Digitalisierung. Ziel ist es, die Daten zu liefern, die dazu beitragen, dass der Landtag sich ein Bild machen und jugendpolitische Entscheidungen treffen kann. „Kerndaten“, soll dabei ein fester Datensatz zu dem Thema Kinder und Jugendliche sein, der regelmäßig fortgeschrieben wird. Es geht um eine Reduktion auf einen Kern von Informationen.

Zu Abschnitt 8 erfolgte laut Nancy Wellenreich, im Nachgang zum Unterausschuss unter den Unterausschussmitgliedern eine schriftliche Debatte, da das Thema Ombudstellen im UA SGB VIII aus zeitlichen Gründen nicht umfänglich beraten werden konnte.

§ 30a: Christian Deckert sagt dazu, im Entwurf stehen die Landesteile Norden, Süden - Osten, Westen und Harzbereich sind nicht erfasst. Für Leistungsempfangende wird es weite Wege geben. Die Erweiterung auf andere Landesteile wäre empfehlenswert.

Christian Ollendorf, findet den Stellenwert und den Finanzierungsvorschlag der ombudtschaftlichen Beratung gut, es reicht in Sachsen-Anhalt an verschiedenen Standorten eine gute Beratung aufzubauen. Die Standorte sollten bedarfsabhängig gemacht werden.

Aus der Praxis heraus ist die Verteilung der Ombudtschaft auf verschiedene Träger schwierig. Ein starkes Auswahlverfahren müsste stattfinden.

Christian Deckert dazu, das beste Konzept soll sich durchsetzen.

Claudia Großberndt prüft, ob es einer Klarstellung bedarf.

Benjamin Ollendorf sagt dazu, es wäre weiterhin sinnvoll, dass 2 Personen pro Standort vorhanden sind, weil hier Konflikte behandelt werden.

Martin Hoffmann ergänzt, eine ombudtschaftliche Beratung braucht vertrauensvolle physikalische Räume, auf die der Träger zurückgreifen kann. Ein Teil der Arbeit ist jedoch auch mobil bzw. digital, entsprechend dynamisch muss dem Leistungserbringer die

ombudschafftliche Beratung möglich sein. Martin Hoffmann plädiert dafür, diese Räume nicht lokalisiert festzuschreiben.

Inga Wichmann verliest den Antrag 01/2023 zur Stellungnahme zum Entwurf des KJHG-LSA.

Nach Diskussion wird der Antragstext geändert.

Inga Wichmann schlägt vor die Absätze 2 und 3 zu streichen, den Absatz 4 zum Absatz 2 werden zu lassen und einen neuen Absatz 3 zu formulieren.

Am Ende der Diskussion wird die Verwaltung des LJA gebeten, zu prüfen, inwieweit der LJHA den Vorsitz/den stellvertretenden Vorsitz, die Unterausschüsse oder andere Personen aus dem Ausschuss durch Beschluss mit einem bestimmten Handeln an seiner statt beauftragen kann oder ob er nur in seiner Gesamtheit als Kollektivorgan handeln und beschließen kann.

Folgender Beschlusstext wird nach Diskussion zur Abstimmung gegeben:

**Antrag Nr. 01/2023**

**Beschluss Nr. 2023-(8)-05**

1. Der LJHA nimmt in der Synopse zum aktuellen Arbeitsentwurf des KJHG-LSA (Stand 23.01.2023) Stellung (wird dem Beschluss als Anlage beigefügt).
2. Der LJHA beauftragt die Geschäftsstelle des LJHA, die finale Stellungnahme an das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung weiterzuleiten mit der Bitte, diese Anmerkungen im Gesetzesentwurf entsprechend zu berücksichtigen.
3. Der LJHA beauftragt den UA SGB VIII im Fall einer substantziellen Abweichung des Kabinettsentwurfes im Vergleich zum Arbeitsentwurf eine entsprechende Beschlussfassung für den LJHA vorzubereiten.

**Abstimmungsergebnis:** 9 Ja-Stimmen    0 Nein-Stimmen    0 Enthaltungen

**Damit ist der Ausschuss nicht mehr beschlussfähig, Beschluss wurde nicht gefasst.**

Christian Deckert hat eine Frage zu § 9 der Geschäftsordnung.

Dirk Günther sagt dazu, es wurde dazu recherchiert, herrschende Meinung ist, dass es nicht in der Geschäftsordnung festgeschrieben werden kann, wenn keine gesetzliche Grundlage dafür besteht.

Inga Wichmann nimmt das Ergebnis entsprechend mit und verspricht die Klärung des weiteren Verfahrens.

TOP 8	Absprachen für nächste Sitzungen – Themen/Verantwortlichkeiten/Referent*innen - 17.04.2023 (Halle/Saale): Digitalisierung - 19.06.2023 (Magdeburg): Demokratieförderung und Demokratiegefährdung in der Kinder- und Jugendhilfe   Kinder- und Jugendpartizipation	
-------	--	--

Inga Wichmann schlägt auf Grund der heutigen Sitzung folgende Schwerpunkte vor:

Sitzung am 17.04.2023: Digitalisierung,

Sitzung am 19.06.2023: Demokratieförderung und Demokratiegefährdung in der Kinder- und Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpartizipation

Sie fragt nach weiteren Themenvorschlägen seitens der Mitglieder. Diese bestehen nicht.

TOP 9	Verschiedenes	
-------	---------------	--

Hier gibt es keine Wortmeldungen.

gez. Inga Wichmann stellv. Vorsitz	gez. Heike Koch (Schriftführer*in)